

**Protokoll
über die 18. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen
-Sondersitzung- am 13.07.2015**

Beginn: 16:15 Uhr

Ende: 16:30 Uhr

Ort: Rathaus, Alter Ratssaal, Am Markt14, 19055 Schwerin

Anwesenheit

Vorsitzender

Schulte, Bernd entsandt durch SPD-Fraktion

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Schmidt, Stefan entsandt durch Fraktion DIE LINKE

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Rudolf, Gert entsandt durch CDU-Fraktion

ordentliche Mitglieder

Bandlow, André entsandt durch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Döring, Karin entsandt durch Fraktion DIE LINKE

Haacker, Frank entsandt durch CDU-Fraktion

Lerche, Dirk entsandt durch ZG AfD

Mecklenburg, Frank entsandt durch SPD-Fraktion

Steinmüller, Rolf entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger

Verwaltung

Krause, Jens

Ruhl, Andreas

Gäste

Lienau, Gerhard

Leitung: Bernd Schulte

Schriftführer: Ingrid Arlt

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

2. Beratung von Beschlussvorlagen
hier: Wiedervorlagen aus derFiA Sitzung vom 25.06.2015

- 2.1. Bedarfsplanung Amt für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst
2015 bis 2020
Vorlage: 00334/2015

- 2.2. Abschluss einer Konsolidierungsvereinbarung zwischen dem Land M-V und der Landeshauptstadt Schwerin über die Zuordnung einer Konsolidierungshilfe
Vorlage: 00357/2015

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Der Ausschussvorsitzende Herr Schulte eröffnet die Finanzausschusssitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Der vorgelegten Tagesordnung wird ohne Änderungen zugestimmt.

- zu 2 Beratung von Beschlussvorlagen
hier: Wiedervorlagen aus derFiA Sitzung vom 25.06.2015**

- zu 2.1 Bedarfsplanung Amt für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst
2015 bis 2020
Vorlage: 00334/2015**

Bemerkungen:

Die Vorlage wurde in der FiA Sitzung am 25.06.2015 bereits beraten mit dem Ergebnis, in der heutigen Ausschusssitzung nach kurzer Beratung abschließend über die Vorlage zu votieren.

Ohne weiteren Beratungsbedarf wird die Vorlage votiert.

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt den vorliegenden „Bedarfsplan der Landeshauptstadt Schwerin für Brandschutz, Technische Hilfeleistung, Rettungsdienst, Katastrophenschutz, Integrierte Leitstelle ILWM, 2015-2020“ als Leitlinie für das damit in Verbindung stehende Verwaltungshandeln im Zeitraum 2015 bis 2020. Die Grundlage bilden gesetzliche Verpflichtungen sowie die dargestellte Risikoanalyse in Verbindung mit den operativ-taktischen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr.

Folgende Prämissen sind einzuhalten:

1. Die Feuerwehr der Landeshauptstadt Schwerin ist für den Brandschutz und die Technische Hilfeleistung so aufzustellen, dass in 90 % der Fälle innerhalb von *9,5 Minuten (Hilfsfrist 1) mindestens 6 Einsatzkräfte der Berufsfeuerwehr* und in 90 % der Fälle innerhalb von *14,5 Minuten (Hilfsfrist 2) bis zu 22 weitere Einsatzkräfte gem. Szenario, jedoch stets mind. 6 Einsatzkräfte der Berufsfeuerwehr* alle Einsatzstellen im Stadtgebiet erreichen. Der *Führungsdienst* ist zentral durch die Berufsfeuerwehr mit Zugführer, Führungsgehilfe, B-Dienst, A-Dienst und Leitungsdienst Rettungsdienst zu besetzen.
2. Zur ständigen Sicherstellung der Hilfsfrist 1 wird die Berufsfeuerwehr eingesetzt. Zur ständigen Sicherstellung der Hilfsfrist 2 wirken die Berufsfeuerwehr und die Freiwillige Feuerwehr je nach Verfügbarkeit zusammen.
3. Für die Berufsfeuerwehr der Landeshauptstadt Schwerin sind zwei Standorte in den Bereichen Süd/Ost und Nord/West des Stadtgebietes erforderlich, um die Hilfsfrist 1 sicherzustellen. Der Standort der Hauptfeuer- und Rettungswache in der Graf-Yorck-Straße 21 ist zu erhalten. Ein zweiter Standort ist bis zum Jahr 2017 in der ehemaligen Nebenwache, Lübecker Straße 208, einzurichten.
4. Für die Freiwillige Feuerwehr sind die derzeitigen fünf Standorte (3 Ortsfeuerwehren mit Grundausrüstung, 2 Stützpunkfeuerwehren) strukturell zu erhalten und hinsichtlich der Unterbringung der Einsatzkräfte sowie des Unfallschutzes zu ertüchtigen. Die Mindeststärke der Einsatzabteilungen wird auf 172 Einsatzkräfte festgelegt. Die Heranziehung der Freiwilligen Feuerwehr richtet sich nach Einschätzung des Einsatzleiters bzw. der Amtsleitung auf Basis der Alarm- und Ausrückeordnung. Die ehrenamtlichen Kräfte der Freiwilligen Feuerwehren und des Katastrophenschutzes sind zu fördern.
5. Der Rettungsdienst der Landeshauptstadt Schwerin ist mit der erforderlichen Anzahl an Fahrzeugen, welche mit den Krankenkassen zur Kostenübernahme abgestimmt wird, so aufzustellen, dass jeder an einer Straße gelegener Notfallort in der Regel innerhalb von 10 Minuten nach Alarmierung erreicht werden kann. Hierfür sind die zwei Standorte der Berufsfeuerwehr zu nutzen. Die notärztliche Versorgung ist

sicherzustellen.

6. Die Leitstelle ist als Integrierte Leitstelle für die Landeshauptstadt Schwerin sowie die angrenzenden Landkreise Ludwigslust-Parchim und Nordwestmecklenburg zu betreiben. Die Entgegennahme von Notrufen, die Alarmierung von Einsatzkräften sowie die Einsatzbegleitung sind ständig ohne zeitlichen Verzug sicherzustellen. Die Leitstelle ist als Führungsstelle der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr personell gemäß dem Gutachten aus dem Jahr 2014 auszustatten. Die sachliche Ausstattung bemisst sich nach den geltenden technischen Standards.
7. Der Katastrophenschutz in der Landeshauptstadt ist gemäß den landesgesetzlichen und bundesgesetzlichen Vorgaben aufzustellen, auszustatten und zu unterhalten, um bei großflächigen Schadenslagen wirksame Hilfe leisten zu können.

Zur Einhaltung der Prämissen sind folgende, wesentliche Maßnahmen erforderlich:

A, Maßnahmen im Stellenplan:

Bedarfsgerechte Schaffung von 15 Stellen im mittleren und gehobenen feuerwehr-technischen Dienst sowie für Angestellte in den Bereichen Wachabteilungen und Führungsdienste der Berufsfeuerwehr, Integrierte Leitstelle, Rettungsdienst, Rettungsdienstschule sowie Streichung zweier kw-Vermerke.

Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, bei Finanzierung durch Dritte weitere Stellen befristet oder dauerhaft einzurichten.

Unter Berücksichtigung der Personalfuktuation sowie der plan- und außerplanmäßigen Abgänge ist die Ausbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu planen und in ausreichendem Umfang durchzuführen, um eine ständige Besetzung der Planstellen zu sichern. Hierbei sind die Ausbildungszeiträume entsprechend zu berücksichtigen. Erforderliche externe Einstellungen sind vorzunehmen.

B, Maßnahmen im Investitionsprogramm
Fahrzeuge/Berufsfeuerwehr/Rettungsdienst:

Das Investitionsprogramm umfasst bis 2020 folgende Maßnahmen und ist in den Haushalt aufzunehmen. Fördermittel sind nach Möglichkeit einzuwerben.

Ersatzbeschaffungen Fahrzeuge Feuerwehr	3,2 Mio. Euro
Ersatzbeschaffungen Fahrzeuge Rettungsdienst	1,1 Mio. Euro
Einrichtung Dekontamination Rettungsdienst	zu prüfen
Ausbildungszentrum FW/RD Schwerin	zu prüfen
Unterbringung Katastrophenschutz	zu prüfen

C, Erhalt der Einsatzfähigkeit durch Investitionen in die Gerätehäuser der Freiwilligen Feuerwehren sowie in Ausrüstung:

Baumaßnahme FFW Warnitz (2016)	330.000 Euro
Baumaßnahme FFW Mitte (2016/2017)	1,5 Mio. Euro
Baumaßnahme FFW Wüstmark (2015)	60.000 Euro

- D, Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Ehrenamtes und zur
Gesunderhaltung in den Freiwilligen Feuerwehren in Abstimmung mit dem
Stadtfirewehrverband 15.000 Euro jährlich

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

**zu 2.2 Abschluss einer Konsolidierungsvereinbarung zwischen dem Land M-V und
der Landeshauptstadt Schwerin über die Zuordnung einer
Konsolidierungshilfe
Vorlage: 00357/2015**

Bemerkungen:

Die Vorlage wurde in der FiA Sitzung am 25.06.2015 bereits beraten mit dem
Ergebnis, in der heutigen Ausschusssitzung nach kurzer Beratung abschließend
über die Vorlage zu votieren.

Die Oberbürgermeisterin weist auf den Ergänzungsantrag von Anita Gröger hin,
indem ein Bürgerentscheid empfohlen wird und erklärt dazu, dass dieser Antrag
rechtlich nicht zulässig sei und somit auch nicht zur Abstimmung aufgerufen
werde.

Ohne weiteren Beratungsbedarf wird die Vorlage votiert.

Beschluss:

1. Die Stadtvertretung stimmt dem Abschluss der in Anlage beigefügten
Konsolidierungsvereinbarung mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern
zu.
2. Die Oberbürgermeisterin und ihr 1. Stellvertreter werden ermächtigt, die
Vereinbarung zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

gez. Bernd Schulte

Vorsitzende/r

gez. Ingrid Arlt

Protokollführer/in